



Politik gegen Aussonderung
Koalition für Integration und Inklusion

Prof. Dr. Anne-Dore Stein

Vorstand

EH Darmstadt
University of Applied Sciences
Zweifalltorweg 12
64293 Darmstadt

Vorstand@ politik-gegen-aussonderung.net

Darmstadt, den 2.2.2024

Betr.: Dringender Spendenaufruf!

Liebe Mitglieder,

in der Mitgliederversammlung vom 16.1.2024 haben satzungsgemäße Vorstandswahlen stattgefunden (Protokoll wird in Kürze verschickt).

In den Vorstand wurden gewählt:

Anne-Dore Stein (Vorsitzende), Dietlind Gloystein und Peter Rödler als Stellvertreter*in) , sowie als weitere Vorstandsmitglieder Ines Haus und Philipp Frank.

Der für die MV vorzulegende Bericht von Schatzmeister und Kassenprüfung ergab, dass die Vereinsfinanzen geordnet sind, aber leider kein finanzielles Polster mehr da ist, um die Öffentlichkeitsarbeit umsetzen zu können, die jetzt ansteht, um die von ungeforderte Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion ins Leben zu rufen.

Mit der Einrichtung der neuen homepage und die darüber organisierte Unterschriftenaktion sind höhere Kosten angefallen. Für unsere Aktivitäten in Bezug auf die Einsetzung einer Enquete-Kommission und die damit zusammenhängenden Öffentlichkeitsaktivitäten wie die Durchführung eines Parlamentarischen Frühstücks, Flyer u.ä. fallen in Kürze weitere Kosten an. Es ist zwar so, dass demnächst die Mitgliedsbeiträge eingezogen werden, aber diese reichen leider nicht aus, die demnächst anstehenden Kosten zu bewältigen.

Dies wäre angesichts des gerade erreichten Standes unserer Bemühungen - die Umsetzung der UN-BRK zum Gegenstand der palamentarischen Kontrolle zu machen - einfach fatal.

Zum Hintergrund:

Wir sind seit dem Frühjahr 2023 wieder sehr intensiv dabei, dem Vereinszweck und Vereinsnamen entsprechend Politik gegen Aussonderung zu machen.

Konkret: wir haben auf Mitgliederversammlungen und Arbeitskonferenzen des Vereins alles daran gesetzt, die Unzulänglichkeiten in der Umsetzung der UN-BRK öffentlich zu machen bzw. zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses werden zu lassen. Als dafür geeignetes Instrumentarium arbeiten wir seit dem Frühjahr daran, dass eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hierzu eingerichtet wird.

Es würde den Rahmen sprengen, alles aufzuzählen, was wir inzwischen an Kontakten u.a. auch zu anderen Organisationen, die eine solche Enquete seit 2021 fordern, geknüpft haben

und wen wir als Unterstützer*innen dafür gewinnen konnten, dass gemeinsam über eine solche Enquete das angegangen wird, was der UN-CRPD-Ausschuss in den Final Conclusions vom Oktober 2023 ja deutlich und fundamental als Kritik formuliert hat: es fehlt an der Bereitstellung inklusiver Infrastruktur in allen Bereichen!

Wir hatten über eine entsprechende Eingabe beim Fachausschuss in Genf versucht, alle diese Initiativen zu bündeln und mit der Unterschriftenliste von Unterstützer*innen den Ausschuss dazu zu bewegen, er möge die Einsetzung einer solchen Enquete-Kommission unterstützen.

Dies ist uns insofern nicht direkt gelungen, als dass diese Ausschüsse generell keine ganz konkreten Empfehlungen übernehmen. `Dem Grunde nach` – so das Ausschußmitglied Markus Schefer – ist dies aber in den Empfehlungen enthalten (und diese Einschätzung teilen wir):

Teil A III Abs. 8 b („Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat: ...systematisch zu überprüfen, ob die bestehenden Gesetze, Politiken und Verwaltungspraktiken mit den Verpflichtungen des Vertragsstaates aus dem Übereinkommen übereinstimmen, und menschenrechtsbasierte Aktionspläne mit einem klaren Behinderungskonzept aufzustellen, die angemessene Maßnahmen zur Förderung, zum Schutz und zur Erfüllung der Rechte aus dem Übereinkommen enthalten, sowie Ziele und Indikatoren zur Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens festzulegen, wie in den Abschließenden Empfehlungen von 2015 (...) empfohlen.“
(nichtautorisierte Übersetzung DeepL).

Inzwischen haben wir mit verschiedenen Bundestagsabgeordneten, dem Bundesbehindertenbeauftragten Herrn Dusel, der Monitoringstelle in Berlin, dem Paritätischen u.a.m. das Anliegen vorangetrieben.

Um direkt mit den Parlamentarier*innen ins Gespräch zu kommen, haben wir nun für den 22.2.2024 ein Parlamentarisches Frühstück geplant. Wir erhoffen uns davon, mit den entsprechenden Fachpolitiker*innen und Ausschussmitglieder*innen der verschiedenen Bundestagsausschüsse aus den verschiedenen Bereichen in der Weise ins Gespräch zu kommen, dass sie das Anliegen unterstützen. Als Schlüsselpersonen sehen wir sie in der Verantwortung, insgesamt ein Viertel der Bundestagsabgeordneten (parteiübergreifend, ca. 190 Abgeordnete) für das Anliegen zu gewinnen und gemeinsam einen Antrag in das Parlament einzubringen. Auf diesem Wege könnte eine Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion beantragt werden, denn wenn ein Viertel der Abgeordneten dies beantragt, MUß eine Enquete-Kommission eingesetzt werden!

Vor dem Hintergrund, dass wir über einen längeren Zeitraum keine Mitgliedsbeiträge eingezogen hatten, möchten und müssen wir jetzt einfach darum bitten, einen oder zwei Jahresbeiträge – natürlich gegen Spendenbescheinigung (!) – an den Verein zu spenden.

OB wir es letztendlich schaffen, eine Enquete-Kommission zustande zu bekommen, wissen wir nicht. Dieses Anliegen WAR schon einmal zu Beginn der jetzigen Regierungskoalition im Gespräch. Was aber JETZT schon beobachtbar ist, dass dies wieder diskutiert wird!

Wir denken, dass eine Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion des Deutschen Bundestages eine Wende in den z.T. schlicht zermürenden Auseinandersetzungen um inklusive Infrastrukturen in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens bedeuten kann.

Insofern also unsere Bitte an die Mitglieder, unsere derzeitigen Vorhaben durch eine Spende zu ermöglichen:

Hier die Bankdaten:

Konto : Politik gegen Aussonderung e.V.

Bei der Volksbank Darmstadt Mainz

Stichwortt: Gesellschaftliche Inklusion

IBAN: DE07 5519 0000 0601 082019

BIC: MVBMD55

Mit freundlichem Gruß



Anne-Dore Stein

(Vorsitzende)